

Mehr Sozialpolitik für den Mittelstand!

Stimmen der Zeit.

Dem Mittelstand drohen, wie allseitig anerkannt wird, ernste Gefahren. Die Grundlage dieser in bescheidenem Maße einst gesicherten Familien ist durch die Kriegsverhältnisse und die leider noch auf Jahre hinaus anzunehmende ungeheure Verteuerung aller Lebensbedürfnisse stark erschüttert. Es vollzieht sich eine Vernichtung der gebildeten Stände, ein „Untergang der Bildung“, die Mf. von Domaszewski in den Südw. Monatsheften mit Recht zu den furchtbarsten Erscheinungen dieses Krieges zählt. Während die andern Volksschichten durch höhere Löhne oder Handelsgewinne aller Art sich aufrechterhalten können, müssen die Gebildeten, deren Arbeit in der Not des Krieges nach ihrem inneren Wert nicht geschätzt wird, dem wachsenden Druck elend erliegen. Ihre kleinen Vermögen, die durch die Arbeit eines Lebens in weiser Sparjamkeit erworben waren, werden rettungslos aufgezehrt. Denn der Unterhalt der Familien beruhte fast immer auf Einnahmen, welche der Staat oder die Reichen als targe Entlohnung für Güter, die allein das Leben adeln, noch gewähren wollten. Gerade dieses Einkommen, da es offen zutage liegt, erfährt die Steuer-schraube mit unvermeidlicher Sicherheit und verbraucht es, ohne je nach der Herkunft des Besitzes zu fragen, in schonungsloser Weise. So werden die Gebildeten, um nur die Kosten des nackten Lebens zu bestreiten, zur Aufopferung des letzten Restes ihres Vermögens gezwungen. Auf diesem Wege gehen die gebildeten Stände aus innerster Notwendigkeit in die Reihen der Lohnarbeiter über, die nur mehr für des Tages Notdurft leben können. Was es für Folgen haben muß, wenn die Stände, die zu allen Zeiten die wahre geistige Kraft jedes Volkes bedeutet haben, so dem Untergange verfallen, müßte jeder erkennen, der über den Bau der menschlichen Gesellschaft nachgedacht hat. Denn die Sprungfeder, deren Spannkraft das ganze Getriebe des Staates im Gange gehalten hat, ist dann gebrochen. . . .

Es sind in der Tat ernste Gedanken, die hier aufsteigen und mit Sorge für die Zukunft erfüllen. Was bedeutet der Mittelstand für das Volk, und Staatsleben? „Er ist eine stetig fließende Quelle der geistigen und kulturellen Entwicklung unseres Volkes“, heißt es treffend im „Fürmer“. In seinen Familien wachsen jene Männer und Frauen auf, die in Kunst, Wissenschaft, Technik und Schule unser Volk zu immer neuer Blüte führen. In diesen Familien wird auch im Frieden oft gearbeitet und verzichtet auf alles, was das Leben schön und angenehm macht, nur damit die Kinder die Universitäten, Hochschulen und Seminare besuchen können. Das heranwachsende Geschlecht aber arbeitet rastlos, um Neues, Besseres zu schaffen. Wer hineinblickt in die Geschichte der Technik, der findet dort in goldenen Buchstaben die Leistungen des Mittelstandes verzeichnet. . . . Noch lebt der Mittelstand — aber wie lebt er? Man braucht nur in der Beamtenenschaft Umchau zu halten, um auf diese Frage die trübste Antwort zu finden.“

Wer wird die bittere Wahrheit dieser Worte anzweifeln können? Sozialpolitik für den Mittelstand ist in letzter Zeit mit Fug und Recht von unseren bürgerlichen Parteien sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Reichstag geschlossen gefordert worden. Daß diese Fürsorge für den Mittelstand ein außerordentlich wichtiges Kapitel unserer inneren Politik bildet, haben auch unsere Regierungskreise voll anerkannt. Soll der Mittelstand nicht in das Proletariat hinabsinken, müssen

auf den verschiedensten Gebieten geeignete Vorkehrungen für wirksame Abhilfe baldigt getroffen werden. Aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten ist die Forderung, den Mittelstand zu schützen, gerade gegenwärtig von größter Bedeutung. Der Ruf: „Mehr Sozialpolitik für den Mittelstand!“ soll sobald nicht verstummen. Es ist ein ernster Mahnruf, der nicht überhört werden darf. C. K.

Die ledigen Beamten.

Von der kürzlich gebildeten Sonderorganisation der ledigen Beamten wird in einem an uns gerichteten Schreiben die in diesen Kreisen herrschende Stimmung wie folgt zusammengefaßt:

Nach der letzten Regelung der Kriegszulagen der Beamten sollen die allein stehenden ledigen nur 70 Prozent der ihren kinderlos verheirateten Mitarbeitern zustehenden Beträge erhalten. Auf die ledigen mittleren Beamten, die von den (neben den Feuerungszulagen gewährten) Kriegszulagen gänzlich ausgeschlossen sind, entfallen jetzt nur rund 60 Prozent der für kinderlos Verheiratete festgesetzten Kriegsfürsorgebeträge. Diese Zurücksetzung der ledigen hat bei den Betroffenen, namentlich bei den zweimal benachteiligten allein stehenden mittleren Beamten, eine ganz außerordentliche Mißstimmung hervorgerufen, da angesichts der Kosten ihres Lebensunterhalts — namentlich im Hinblick auf die fabelhaften Gasthauspreise — ein solcher Unterschied als völlig unerschöpflich bezeichnet werden muß. Die Stürzung der Zulagen wird daher als unmoralischer Heiratszwang empfunden, der bei den ledigen fast unüberwindlichen Schwierigkeiten einer Hausstandsgründung um so unverständlicher erscheint. Veriraten ist Herzensangelegenheit jedes einzelnen und muß es bleiben, wenn die Ehe ihren sittlichen Wert nicht verlieren soll. Einkommens Kürzungen sind daher kein geeignetes Mittel zur Herbeiführung von Eheschließungen, sie müssen diese im Gegenteil nur verzögern und somit bevölkerungspolitischen Bestrebungen, die bei der Zulagenregelung mitgespielt haben werden, direkt zuwiderlaufen.“